

Newsletter Nummer 4/2017: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am 20. Juni 2017

Rund um die Themen Mobilität und Kreisstraßen geht es in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft im Juni 2017.

Bestellung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters

Nachdem sich Patrick Janowski, Unterkreisführer des Unterkreises Weinheim, persönlich vorgestellt hatte, haben die Fraktion der Freien Wähler sowie alle anderen Fraktionen der Bestellung von Herrn Janowski zum stellvertretenden Kreisbrandmeister zugestimmt. Gleichzeitig wurde er als Unterkreisführer verpflichtet.

Zuvor sprachen sich in der Kommandantendienstversammlung der Gemeindefeuerwehren im Rhein-Neckar-Kreis die Feuerwehrkommandanten in geheimer Abstimmung für Herrn Janowski aus.

Somit ist er für die nächsten fünf Jahre Ehrenbeamter auf Zeit.

Ortsdurchfahrt Sandhausen

Der Rhein-Neckar-Kreis beteiligt sich am Vollausbau der Kreisstraße 4153 mit pauschal 150.000 €.

Es handelt sich um den letzten Bauabschnitt zwischen der Kreuzung Herchheimer Straße und Waldstraße.

Dort werden die Ver- und Entsorgungsleitungen ausgetauscht und der Straßenraum umgestaltet. Die Baumaßnahme liegt in der Verantwortung der Gemeinde Sandhausen sowie dem Wasser- und Abwasserzweckverband.

Da die Mittel im Haushalt nicht eingeplant sind, benötigt die Kreisverwaltung das Votum des Ausschusses, um die Kostenteilungsvereinbarung noch in 2017 abschließen zu können.

Die Ausschussmitglieder stimmten der Verpflichtungsermächtigung über den genannten Betrag geschlossen zu.

Entwurf des neuen Nahverkehrsplans

Die Verwaltung stellte den neuen Nahverkehrsplan in der Entwurfsfassung vor.

Die Öffentlichkeit konnte auf der Internetplattform www.mobilitaet-im-kreis.de ihre Ideen und Vorschläge einbringen.

Der Planentwurf thematisiert neue Punkte, wie bspw. Mobilitätsmanagement und ergänzende Mobilität, Entwicklungspotentiale für Sharing-Angebote, Mitfahrangebote, Car-Pooling und Bürgerbusse.

In mehreren Sitzungen hatte sich vorher eine Lenkungsgruppe auf dieses Werk geeinigt. Die Fraktion der Freien Wähler wurde durch **Kreisrat Günther Rauchmann** in der Lenkungsgruppe vertreten.

In seiner Stellungnahme im Ausschuss wies er darauf hin, dass es vor allem um die Beachtung der Belange der Kreisbewohner, die zum Teil auch mit eingebunden waren, geht.

Wichtig seien zudem die Zukunftsthemen, ÖPVN künftig, Barrierefreiheit, Mobilität und Digitalisierung sowie umweltfreundliche Antriebstechnologien und Verknüpfung der Verkehrsträger.

Die Freien Wähler nahmen den vorgelegten Nahverkehrsplan zur Kenntnis und stimmten zu.



Buslinie 794 und Linienbündel Ladenburg-Schriesheim

Der Ausschuss hat einem Antrag der Stadt Wiesloch zur Aufnahme der Kapazitätsausweitung auf der Buslinie 794 in das Förderprogramm des Kreises zugestimmt. Ab Wiesloch-Schatthausen fährt seit Januar 2017 morgens um 07:22 Uhr ein zusätzliches Fahrzeug, da die Kapazität des bisher verkehrenden Kleinbusses nach Berichten der Stadt Wiesloch nicht mehr ausreichend war.

Zum Schluss der Sitzung nahm der Ausschuss noch Kenntnis vom Bericht zum wettbewerblichen Vergabeverfahren für das für das Linienbündel Ladenburg –

Schriesheim. Der Ausschuss wurde über die Neuvergabe und die Mehrqualitäten des besten Angebots von der Busverkehr Rhein-Neckar GmbH (BRN GmbH) informiert.

Sitzung des Ausschusses für Soziales am 22. Juni 2017

Bericht zur Eingliederungshilfe

Der Kreis hat in der Behindertenhilfe einen gesetzlichen Versorgungsauftrag.

Kreisrätin Christa Ohligmacher begrüßte für die Freien Wähler, dass der KVJS jährlich mit der Datenerhebung und der Datenanalyse die Grundlage für eine sachgerechte Behindertenhilfe schafft.

Die Kennzahlen zeigen den Vergleich der Zahlen des Rhein-Neckar-Kreises mit anderen Kreisen und zum Durchschnitt der Zahlen von Baden-Württemberg. Damit erfolgt eine Überprüfung der Sozial- und Teilhabeplanung.

Dies gilt für die Angebotsstruktur und die möglichen Veränderungen.

Der Anstieg der Leistungsempfänger liegt unter dem Landesdurchschnitt Die Zahlen sind zwar angestiegen, doch im Gegensatz zum Land nicht um 2,4 %, sondern nur um 1,7 %. Die Nettoausgaben liegen weiter unter dem Durchschnitt der Landkreise und des Landes. Fast alle Daten zeigen, dass der Rhein-Neckar-Kreis unter dem Landesdurchschnitt liegt, teilweise sogar sehr deutlich.

Erfreulich ist, dass der Trend zum Übergang der Abschlussklassen der SBBZ in die Werkstätten für behinderte Menschen wegen alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten gebremst werden konnte, so Christa Ohligmacher. Die ergänzenden Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber sollten daher weiter verfolgt werden. Die positiven Auswirkungen zeigen sich besonders bei der geringen Anzahl von nur 23 % der seelisch behinderten Personen, die in einer Werkstatt gefördert werden.

Der Bericht zeige diese Tendenz: Überall steigt die Zahl der geistig, körperlich und seelisch behinderten Menschen weiter an. Die Fallzahlen steigen und durch die Tarif- und Sachkostensteigerungen werden in Zukunft die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe weiter steigen. Da bisher 46 % der behinderten Menschen noch im Haushalt der Eltern wohnen, wird im ambulanten und stationären Bereich ein größeres Wohnangebot notwendig werden.

Wie dringend die Schaffung neuer Angebote ist, zeigt die kurzfristige Schließung der Wohn-Oase.



2015 wurde das Schulgesetz geändert und seitdem entfällt die Sonderschulpflicht. Im Rahmen der Inklusion besteht ein Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an den Regelschulen. Die Zahlen für Schulbegleitungen und ambulante Integrationshilfen steigen stark an. Durch kostenintensive Einzelfälle liegt der Rhein-Neckar-Kreis mit 28 € weit über dem Landesdurchschnitt mit 13 €.

Es bleibe abzuwarten, ob eine gemeinsame Inanspruchnahme von Integrationsleistungen oder eine Änderung der Rechtsgrundlagen ab 2020 eine finanzielle Entlastung bringt.

Die Freien Wähler nahmen den Bericht zur Kenntnis, er ist eine gute Grundlage für die weitere Planung.

Inanspruchnahme von Eingliederungsleistungen 2016

Um Langzeitarbeitslosen eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, sind meist sozialintegrative Leistungen erforderlich. Anders sind die persönlichen Problemlagen oft nicht zu lösen.

Kreisrätin Christa Ohligmacher begrüßte für die Freien Wähler, dass die Umsetzung von Schuldnerberatung, Psychosoziale Betreuung und Suchtberatungen an kommunale Träger übertragen sind. Die Adressen der Beratungsstellen lassen erkennen, dass es so im gesamten Kreis ein gutes wohnortnahes Angebot gibt. Die kommunalen Träger haben ein gutes Netzwerk und jahrelange Erfahrung. Die Rahmenvereinbarungen beschreiben die konkreten Leistungen und fordern ein Berichtswesen.

Den Langzeitarbeitslosen wird eine umfassende Beratung angeboten. Da 85 % der Beratungsscheine eingelöst wurden, wird es offensichtlich gut angenommen, so Christa Ohligmacher.

Die Erfolgsbilanz ist bei Schuldnerberatung, psychologischer Beratung und Suchtberatung unterschiedlich, meist positiv bei der Schuldnerberatung und der psychologischen Beratung. Bei der Suchtberatung wurde in 56 % der Fälle die Beratung abgebrochen.

Die überwiegend positiven Zahlen seien aus Sicht der Freien Wähler kein schlechtes Ergebnis, da es sich um eine schwierige Klientel handelt.

So werde in der Vorlage darauf hingewiesen, dass oftmals keine Bereitschaft der Langzeitarbeitslosen besteht, ihre Probleme mit Hilfe der Angebote zu lösen.

In jedem Fall können durch die Eingliederungsmaßnahmen die Arbeitsmarktchancen verbessert werden.

Der Bericht des Jobcenters erläutert den Rückgang der Beratungsscheine in 2016. Mit aufsuchender Sozialarbeit gelingt es wenigstens, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht weiter angestiegen ist.

Es werde sich zeigen, wie es dem Integrationpoint gelingt, die anerkannten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, schloss Christa Ohligmacher ihre Ausführungen.

Ausbau von Kurzzeitbetreuungsplätzen

Mit dem kurzzeitigen Wegfall der acht Kurzzeitbetreuungsplätzen der Wohnoase Wiesloch wurde deutlich, wie lückenhaft das Angebot der Betreuungsplätze für sehr schwer behinderte Kinder und Jugendliche im Rhein-Neckar-Kreis ist. Die Nachfrage ist höher als das Angebot.

Dabei sei dieses Angebot dringend erforderlich für die Eltern, die ihre schwer behinderten Kinder und Jugendlichen noch im Elternhaus betreuen, führte **Kreisrätin Christa Ohligmacher** für die Freien Wähler aus.

Diese Eltern benötigten zuverlässige Unterstützung, Beratung und vor allem Entlastungsangebote. Nur mit einem ausreichenden Angebot könne der Grundsatz ambulant vor stationär umgesetzt werden.



Im Rhein-Neckar-Kreis sei eine kurzfristige und eine langfristige Lösung notwendig.

Christa Ohligmacher machte deutlich, dass die Freien Wähler es sehr begrüßen, dass die Verwaltung jetzt mit Nachdruck den Ausbau von Betreuungsplätzen vorantreibt. Der Weg mit den Trägern der Behindertenhilfe zügig für Ersatz zu sorgen, finde die volle Unterstützung.

Die zwei neuen stationären Einrichtungen mit bis zu 24 Plätzen seien erforderlich, wie

die geschätzten Zahlen zeigen.

Trotzdem ist den betroffenen Familien im Augenblick damit nicht geholfen.

Es stelle sich die Frage, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, den Weiterbetrieb noch über einige Monate aufrecht zu erhalten bis sich eine kurzfristige Lösung ergibt.

Den Freien Wählern sei allerdings bekannt, dass die kurzfristige Schließung nicht zuerst aus finanziellen Gründen sondern wegen akuter Personalnot erfolgte.

Selbstkritisch müsste man feststellen, dass der benötigte Bedarf im Kreis zu spät bemerkt wurde, um rechtzeitig ein ausreichendes Angebot zu schaffen.

Bericht der Heimaufsichtsbehörde

Zum Schluss der Sitzung berichtete die Heimaufsichtsbehörde über ihre Tätigkeit für das Jahr 2016. Im vergangenen Jahr wurden 112 Prüfungen in den insgesamt 84 Einrichtungen mit 5.971 Plätzen durchgeführt.

Die Zahlen vermitteln den Eindruck, dass es bei der Heimaufsicht nun nach einem Personalengpass im vergangenen Jahr nun wieder rund laufe, nahm **Kreisrat Tobias Rehorst** für die Freien Wähler zu dem Bericht Stellung. Mit 83 Regelprüfungen wurden in diesem Jahr nahezu alle Einrichtungen abgedeckt, wie es den gesetzlichen Vorgaben entspricht (Vorjahr 66), auch die Zahl der Anlassprüfungen ist von 18 auf 29 gestiegen.

Weitaus erfreulicher sei, dass die Aufsicht bereits im eher kooperativen Bereich, also gewissermaßen in der Prävention von Missständen aktiv war: Sie wurden die Beratungen von 61 im Jahr 2015 auf 123 erhöht und sorgten so für einen regen Austausch zwischen den Einrichtungen und der Behörde.



So wundere es nicht, dass die Zahl der tatsächlichen Sanktionen wie auch im Vorjahr trotz dieser hohen Prüfdichte gering war und sicher dann auch gerechtfertigt gewesen sein dürfen.

Erfreulich sei für die Freien Wähler weiterhin, dass im Bereich der Heimbauverordnung für die Pflegeeinrichtungen Möglichkeiten eröffnet wurden, den Übergang zur neuen Rechtslage etwas abzumildern. Sofern es sich hier um eine begrenzte Zahl von begründeten Ausnahmen handelt, sei dies vertretbar.

Bei den Beschwerden und auch bei den im Rahmen der Prüfungen bemängelten Punkten sei eines auffällig: Hauptkritikpunkt ist entweder eine fehlende qualitative oder quantitative Personalausstattung. Sicher ist das in einigen Heimen auch dem Kostendruck geschuldet, viele finden aber schlichtweg kein Personal, wie es auch in der Vorlage erwähnt ist. Es stelle sich die Frage, ob es hier Maßnahmen des Kreises gibt, um diesem Missstand abzuwehren.

An der Altersstruktur sehe man, dass der Anteil Hochaltrigen stetig – wenn auch langsam - steigt und die Heime sich dieser Entwicklung auch durch entsprechend angepasste Angebote stellen werden müssen.

Mit dem Dank an die Heimaufsicht für die umfangreiche geleistete Arbeit, schloss Tobias Rehorst seine Ausführungen. Mit dieser Arbeit sei gewährleistet, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen sicher fühlen können und Missstände schnell behoben werden können.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Nahverkehrsangebot soll das Auto überflüssig machen

Der Rhein-Neckar-Kreis erarbeitet derzeit einen neuen Nahverkehrsplan und unterstützt Kommunen stärker – Bürger können Ideen einreichen

Von Stefan Zeeh

Rhein-Neckar. Viel Lob für den Entwurf zum neuen Nahverkehrsplan des Rhein-Neckar-Kreises gab es im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft. „Der öffentliche Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis hat eine sehr gute Qualität“, bescheinigte Irene Burger von der PTV Transport Consult GmbH aus Karlsruhe, die den Nahverkehrsplan im Auftrag des Verkehrsverbunds Rhein Neckar (VRN) erstellt hatte.

Der Nahverkehrsplan ist ein Planungsinstrument, mit dem der Kreis Umfang und Qualität des Verkehrsangebots bei Bussen und Straßenbahnen festlegt. Der letzte Nahverkehrsplan stammt aus dem Jahr 2004 und sah eine ganze Reihe von Verbesserungen des ÖPNV im Kreis vor. „Ich erlebe es selten, dass bei fast allen Punkten ein Haken gemacht werden kann“, ging Burger auf die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge ein.

Dazu gehörte etwa das Vergabeverfahren der Buslinien in sogenannten Linienbündeln, die Elektrifizierung der Elsenz- und Schwarzbachtalbahn oder der zweigleisige Ausbau der OEG-Strecke

entlang der Bergstraße. Im Entwurf zum Nahverkehrsplan bekommt der Kreis wieder einige neue Aufgaben gestellt. So sind beispielsweise die Park & Ride-Parkplätze an einigen Bahnhöfen voll ausgelastet, wie etwa in Großsachsen, Weinheim oder Schwetzingen. An anderen Haltestellen, etwa in Leimen, gibt es gar keine Park & Ride-Parkplätze. Hier gilt es, die Möglichkeit für neue Stellplätze oder für alternative Lösungen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen auszuloten. Ebenso wird die Einrichtung sogenannter Bike & Ride-Stationen an verschiedenen Haltepunkten der S-Bahn Rhein-Neckar vorgeschlagen.

Eine wichtige Rolle im ÖPNV der Zukunft spielt das Mobilitätsmanagement. Durch gezielte Informationen soll damit langfristig die Einstellung der Menschen zum ÖPNV und anderer umweltverträglicher Mobilitätsarten verändert werden, sodass das Auto immer häufiger in der Garage bleibt

oder sogar ganz abgeschafft wird. Außerdem sind Städte und Gemeinden gefordert, die Mobilitätssituation in der jeweiligen Kommune zu verbessern. Dazu gehören etwa Carsharing-Angebote, Bürgerbusse, Ruf taxis oder Fahrradvermietungen. „Der Umstieg vom mo-

torisierten Individualverkehr zum ÖPNV lief nicht ganz so wie erwartet“, wies Bruno Sauerzapf (CDU) auf eine Entwicklung der vergangenen Jahre hin, die der neue Nahverkehrsplan ebenso aufzeigt. Als Ursache sah er eine generelle Zunahme der Mobilität. Für die Kommunen hatte der CDU-Kreisrat noch eine gute

Nachricht. Die Kreisratsfraktionen befürworten nämlich eine Anhebung des Kreiszuschusses für den Busverkehr von 40 auf 45 Prozent des Fehlbetrags, den die Gemeinden zu tragen haben. Das käme vor allem dem ländlichen Raum sowie den kreisfreien Städten zugute, so Sauerzapf.

Im Ruf taxi oder Bürgerbussen sah Ralf Göck (SPD) gute Möglichkeiten, die Menschen von der Nutzung des eigenen Autos abzuhalten. Dass Ruf taxis wieder im Kommen sind, konnte Dietrich Herold aus seiner Heimat-

gemeinde Edingen-Neckarhausen nur bestätigen. Hier hatte der Gemeinderat das Ruf taxi vor einiger Zeit wieder eingeführt, nachdem man es zuvor abgeschafft hatte. „Die Zeiten haben sich geändert“, stellte Herold fest und verwies unter anderem auf ein verändertes Nutzerverhalten der jüngeren Menschen hin, die oftmals kein eigenes Auto besäßen.

In der Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger sah Günther Rauchmann (Freie Wähler) ein wichtiges Handlungsfeld der Zukunft, und Christa Baling-Gündling (Grüne) regte an, bei zukünftigen Ausschreibungen der Linienbündel Elektrobusse zu berücksichtigen.

„Das ist wirklich eine Bereicherung“, lobte Edgar Wunder (Linke) schließlich die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung am Nahverkehrsplan. Tatsächlich haben bereits viele Kreiseinwohner von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, über die Internetseite www.mobilitaet-im-kreis.de Vorschläge zum Nahverkehrsplan einzureichen. Nach der jetzt vom Ausschuss beschlossenen Offenlage des Entwurfs zum Nahverkehrsplan besteht diese Möglichkeit der Bürgerbeteiligung weiterhin.



Im Rhein-Neckar-Kreis sollen mehr Menschen Busse und Bahnen nutzen. Dies ist ein Ziel des neuen Nahverkehrsplans. Foto: Kreuzer

Rhein-Neckar-Zeitung, 24. Juni 2017

Nahverkehr: Auf Kommunen kommen zum Teil deutlich höhere Kosten zu / Hinter der östlichen Riedstrecke und dem Kompaktbahnhof Neckarau noch Fragezeichen

S-Bahn-Ausbau „hakt“ an zwei Stellen

Von unserem Redaktionsmitglied
Michaela Roßner

RHEIN-NECKAR. Ab 13. Dezember 2020 soll die S-Bahn in der zweiten Ausbaustufe rollen – den Zuschlag für die insgesamt sechs Millionen Zugkilometer hat gerade die DB Regio erhalten (wir berichteten). Doch bis dahin ist noch einiges an Arbeit an der Infrastruktur fällig. Das ist bei der Verbandsversammlung des Zweckverbands Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VZRN) im Mannheimer Stadthaus gestern deutlich geworden. Knackpunkte sind die östliche Riedbahnstrecke sowie der Umbau des Neckarauer Bahnhofs zum Kompaktbahnhof. Und: Die Gesamtkosten liegen für einige Kommunen deutlich höher als veranschlagt, weil der Planungsaufwand – eigentlich auf 24 Prozent der Gesamtkosten einer Strecke gedeckelt – nun doch steigt. Ein Überblick über die verschiedenen Baustellen und Punkte, an denen es noch „hakt“.

■ **Mannheim bis Biblis:** Die Strecke ist wegen der ungeklärten Bahnpläne auf der östlichen Riedbahn in eine Projektphase gerutscht, in der VRN-Geschäftsführer Volkhard Malik keine Prognose über den Zeitpunkt des Baubeginns abgeben kann. In der politischen Diskussion muss zunächst geklärt werden, ob die Strecke zweigleisig ausgebaut wird. Dagegen und gegen die notwendigen, vier Meter hohen Lärmschutzwände auf einem Dammbau hat sich eine Bürgerinitiative gegründet.

Der Ausgang des Planfeststellungsverfahrens sei daher im Moment offen. Für die Station Käfersbühl wurde das Planrechtsverfahren gestartet, für Neustadt/Wohlgelegen wartet der VRN auf den Bescheid. Die Station Waldhof hat noch den Status Entwurfsplanung.

■ **Mannheim bis Schwetzingen:** Im Oktober hat der Umbau der Station Mannheim-Rheinau begonnen. Für den Umbau von Mannheim-Neckarau werden gerade die Auswirkungen von Kosten und Nutzen in Bezug auf die Gesamtstrecke geprüft (siehe gesonderten Artikel). Auf dieser Strecke muss man in der Spargelstadt Geduld üben: Der Umbau von Schwetzingen-Hirschacker wurde auf 2021 verschoben, da das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Das gilt auch für Schwetzingen-Nordstadt, wo der Antrag wegen „notwendiger Detailabstimmungen“ noch gar nicht eingereicht wurde. Im Zeitplan befindet sich hingegen der Bahnhof Schwetzingen, wo seit Februar 2017 gebaut wird.

■ **Schwetzingen bis Graben-Neudorf:** Mit Ausnahme der Station Wiesental, die erst 2018 angegangen wird, ist der Umbau der Stationen in vollem Gang.

■ **Graben-Neudorf bis Karlsruhe:** Diese Strecke ist fertig ausgebaut.

■ **Bruchsal bis Karlsruhe:** Auch hier ist alles fertig geworden.

■ **Ludwigshafen bis Mainz:** Auf diesem Streckenabschnitt meldet der ZRN „alles im grünen Bereich“. Die



Bald soll die S-Bahn noch mehr Kommunen erreichen. Unser Bild entstand auf der Strecke nach Speyer auf Höhe von Römerberg-Berghausen.

BILD: VZRN

Zweite Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar

■ Die S-Bahn Rhein-Neckar führt in der ersten Ausbaustufe seit 2003 – vor allem in Ost-West-Richtung.

■ Zuerst wurden die Linie S 1 (Homburg-Osterburken), S 2 (Käfersbühl-Mosbach), S 3 (Germersheim-Karlsruhe), S 4 (Germersheim-Bruchsal) in Betrieb genommen.

■ Auch in die S 5 (Heidelberg-Eppingen) und S51 (Meckesheim-Aglaster-

hausen) können Fahrgäste bereits seit mehreren Jahren einsteigen.

■ Die zweite Ausbaustufe betrifft vor allem Nord-Süd-Verbindungen: Mainz-Mannheim, Mannheim-Karlsruhe, Heidelberg-Bruchsal (Erweiterung der umgebauten Stationen).

■ Sie sollte ursprünglich bereits 2017 fertig werden, doch der Zeitplan verschob sich zunächst auf 2018 und inzwischen auf 2020. *miro*

Stationen sind alle bereits umgebaut. Die Kosten stiegen von 53,4 Millionen Euro auf 56,1 Millionen. Im ZRN-Gebiet blieben sie indes mit 27,2 Millionen Euro im Plan; teurer wurde es für den Mainzer Verkehrsbetreiber.

■ **Ludwigshafen BASF:** Land Rheinland-Pfalz, Verkehrsverbund und BASF haben die Verträge unterschrieben, der Bund sichert seine Förderung zu. Ende 2018 soll alles fertig sein. In den letzten Wochen kann es dennoch sein, dass Pendlerbusse statt Züge vom Bahnhof Ludwigshafen zum Werkstor fahren: Die Lizenzen der Dieselloks laufen in diesem Jahr aus. Da die Elektrifizierung vermutlich nicht so früh abgeschlossen ist, muss ein Provisorium eingerichtet werden, vermutet Malik. Die Planungskosten haben sich um über 1,5 Millionen Euro erhöht. 1,4 Millionen Euro wurde es hinge-

gen auf der Gesamtstrecke Ludwigshafen-Mainz günstiger.

■ **Heidelberg bis Bruchsal:** Hier geht es darum, die bereits vorhandene Infrastruktur noch zu verbessern. Für Kirchheim-Rohrbach ist die Planung freigegeben, für alle anderen Stationen läuft das Verfahren. Spätestens 2019 wird umgebaut – an manchen Stellen schon ab 2018.

Knackpunkt bleibt der geplante Kompaktbahnhof in Mannheim-Neckarau

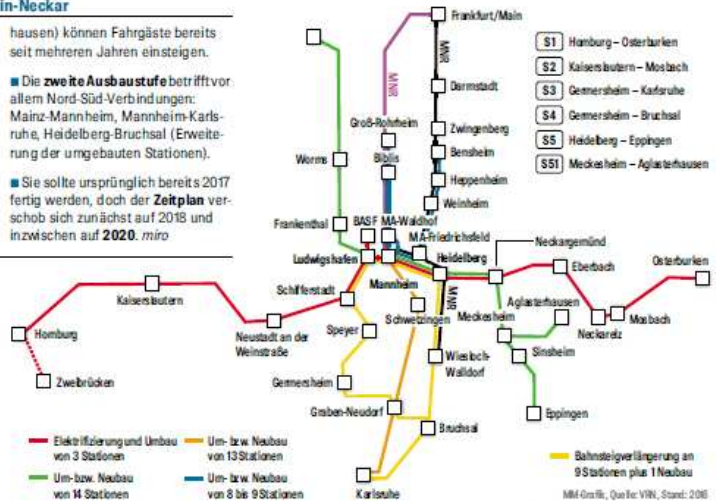
Zwei Punkte im künftigen S-Bahn-Netz machen den Verkehrsplanern noch Sorgen: Neben der Etappe auf der östlichen Riedstrecke ist es der geplante Kompaktbahnhof in Mannheim-Neckarau.

In „harten Verhandlungen“ mit dem Land befindet man sich wegen des Ausbaus des Neckarauer Bahnhofs, bestätigt Christian Specht, Mannheims Erster Bürgermeister und Vorsitzender der Verbandsversammlung des Zweckverbands Ver-

kehrsverbund Rhein-Neckar (VZRN). Die Idee: Die Unterführung unter den Schienen und der Neckarauer Straße Richtung Friedrichstraße beziehungsweise Morchfeldstraße – sie wird von Radfahrern und Fußgängern genutzt – soll so umgestaltet werden, dass ein barrierefreier Umstieg in S-Bahn, Stadtbahn und Bus möglich ist. Die deutlichen Mehrkosten dafür, die Specht auf „einen einstelligen Millionenbetrag“ beziffert, könnte die Stadt laut

Specht schwerlich alleine tragen. Alternativ würde der Bahnhof analog zu den anderen Bahnhöfen für die S-Bahn umgebaut. „Das würde bedeuten, dass Menschen mit Behinderung deutliche Umwege nehmen müssten, um umzusteigen“, fügt Specht hinzu. Im Moment müssten Rollstuhlfahrer zwei Unterführungen passieren, um vom Zug in die Stadtbahn zu kommen. „Wenn irgendetwas im S-Bahn-Netz Barrierefreiheit benötigt, dann hier“, verweist

Specht darauf, dass sich auf der Malau und in Neckarau die beiden landesweit größten Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen – nämlich die Diakoniewerkstätten – befinden. Dass der „Kompaktbahnhof Neckarau“ technisch machbar ist, habe ein Gutachten belegt. Nun müsse die Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen. Der Ausbau darf sich nicht gravierend negativ auf den gesamten Kosten-Nutzen-Faktor der Linie auswirken. *miro*



MfD-Grafik, Quelle: VZRN, Stand: 2016